



Hintergrund zur Fahnenaktion in der Schweiz

Geschichtliches

Seit 1949/50 ist Tibet widerrechtlich durch die Volksrepublik China besetzt. Das politische, kulturelle und religiöse Selbstbestimmungsrecht des tibetischen Volkes wird seither missachtet und verletzt. Langjährige Gefängnisstrafen und gravierende Menschenrechtsverletzungen wie Folter erwarten die Menschen, die sich für die Freiheit und das Recht auf Selbstbestimmung einsetzen. Die chinesische Besatzungsmacht verweigert trotz mehrerer Treffen mit den Gesandten des Dalai Lama weiter jeden ernsthaften Dialog, obwohl dieser immer wieder konstruktive Angebote zu einer friedlichen, gewaltlosen Lösung des Tibet-Problems gemacht hat.

Initiativen für die Lösung des Tibetproblems

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen nahm im Herbst 1959 - vor mehr als vierzig Jahren - eine unverbindliche Resolution an, in der sie das Vorgehen Chinas in Tibet verurteilte und die chinesische Regierung aufforderte, die fundamentalen Menschenrechte, einschliesslich das Recht auf Selbstbestimmung des tibetischen Volkes zu respektieren. Diese Resolution, die 1961 und 1965 wiederholt wurde, brachte jedoch für das tibetische Volk keine greifbaren Ergebnisse. Eine erneute Initiative auf UN-Ebene, basierend auf den Resolutionen von 1959, 1961 und 1965, kann die Grundlage schaffen, mit internationaler Unterstützung das Tibet-Problem gewaltlos und auf politischem Wege zu lösen.

Schweiz und Tibet

Die Schweiz ist bis heute das europäische Land, das am meisten tibetische Flüchtlinge aufgenommen hat. Die grosszügige humanitäre Geste hat dazu geführt, dass viele Tibeter die Schweiz heute als ihre zweite Heimat ansehen. Ihre lange Tradition der Demokratie und Freiheit verpflichtet die Schweiz allerdings dazu, sich noch entschiedener für Tibet zu engagieren, damit die Willkür des chinesischen Besatzungsregimes ein Ende findet und die Tibeter ihr legitimes Recht auf Selbstbestimmung ausüben können.

Die Situation im heutigen Tibet

Das tibetische Volk ist durch die An- und **Umsiedlungspolitik** der VR China zu einer Minderheit in seinem eigenen Land geworden. In Tibet leben heute rund acht Millionen Chinesen, aber nur sechs Millionen Tibeter. Die Eisenbahnlinie von Golmud nach Lhasa, die im Juli 2006 eröffnet und inzwischen weiter nach Süden erweitert wurde, hat nach Aussagen der betroffenen Tibeter die chinesische Einwanderung nach Tibet weiter beschleunigt. Diese Entwicklung, vom Dalai Lama als „kultureller Genozid“ bezeichnet, drängt immer mehr Tibeter aus dem Erwerbsleben und lässt sie verarmen.

Grundrechte wie die **Versammlungs-, Meinungs- und Demonstrationenfreiheit** sowie die ungehinderte Ausübung der **Religion** werden laufend verletzt. Vor und während der sogenannten "Kulturrevolution" (1966-1975) wurde der Grossteil der tibetischen Klöster zerstört. Einige von ihnen wurden zwar wieder aufgebaut, doch ist in ihnen keine freie Religionsausübung möglich. Viele religiöse Einrichtungen wurden zu blossen Touristenattraktionen degradiert. Die schon seit Jahren durchgeführte sogenannte „Patriotische Umerziehungskampagne“ in den tibetischen Klöstern wurde 2006 nochmals verschärft. Nonnen und Mönche werden gezwungen, den Dalai Lama in Wort und Schrift zu denunzieren. Wenn sie sich weigern, werden sie mit dem Ausschluss aus dem Kloster bestraft, manche von ihnen auch verhaftet und misshandelt.

Schon der Besitz eines Fotos vom Dalai Lama wird hart bestraft. Allen Tibetern, die in der Regierung oder Verwaltung arbeiten, ist die Ausübung der Religion verboten. Die Kommunistische Partei rief einen „Kampf auf Leben und Tod“ gegen den Einfluss des Dalai Lama an. Einschüchterung und willkürliche Inhaftierungen sind weiter an der Tagesordnung wie die Folterung von Gefangenen. Viele tibetische Gefangene sind durch Folter und Misshandlungen ums Leben gekommen.

Tibetische Frauen wurden rigorosen Programmen zur **Geburtenregelung** unterworfen und nicht selten zur Sterilisierung oder Abtreibung gezwungen. Weibliche Gefangene werden oft Opfer von entwürdigenden Misshandlungen durch Angehörige der Sicherheitskräfte oder des Gefängnispersonals.

Den meisten tibetischen **Kindern und Jugendlichen** wird eine gute Schulbildung verweigert. Die tibetische Sprache und Kultur werden in den Lehrplänen der Schulen kaum berücksichtigt. Unter den tibetischen Flüchtlingen sind deshalb immer mehr Kinder und Jugendliche, die ihre Heimat verlassen müssen, um eine gute Ausbildung zu erhalten. Viele Kinder erliegen den Strapazen der Flucht. Im September 2006 erschossen chinesische Grenzwachposten eine 17-jährige Nonne, die einen Himalaya-Pass nach Nepal überqueren wollte. Wie Video-Aufnahmen belegen, wurde die Nonne innerhalb einer Gruppe von Flüchtlingen - viele von ihnen Kinder – ohne Vorwarnung von hinten beschossen und tödlich getroffen.

Die VR China beutet die Ressourcen Tibets rücksichtslos aus und zerstört damit das **ökologische Gleichgewicht** der Region. Durch die Abholzung von 60 % der Waldbestände Osttibets werden immer wieder verheerende Überschwemmungen ausgelöst, die Indien, Bangladesh und China selbst bedrohen.

Demokratie und Gewaltlosigkeit im Exil:

Der Dalai Lama hat in seinem Exil in Dharamsala seit der Flucht eine demokratische Regierung aufgebaut und versucht, das Leid der Tibeter innerhalb und ausserhalb Tibets zu mindern sowie internationale Unterstützung für die Sache Tibets zu gewinnen. Für seinen unermüdlichen Einsatz, mit gewaltlosen Mitteln und durch Dialog eine Lösung für das Tibetproblem zu finden, erhielt der Dalai Lama 1989 den Friedensnobelpreis. Er hat 1987 einen Fünf-Punkte-Friedensplan vorgeschlagen, der auch heute noch gültig ist. Dieser fordert neben der Einhaltung der Menschenrechte den Schutz der Umwelt Tibets und die Aufnahme von ernsthaften Verhandlungen über den künftigen Status Tibets. Immer wieder erklärte der Dalai Lama, dass er für Tibet keine Unabhängigkeit, sondern eine „genuine Autonomie“ innerhalb des chinesischen Staatsverbandes anstrebe. Doch die chinesische Regierung hat bisher nicht ernsthaft auf die Vorschläge reagiert.

Zur Fahnenaktion in der Schweiz

Jedes Jahr findet aus Solidarität zum tibetischen Volk und in Erinnerung an den Volksaufstand von 1959 eine internationale Tibet-Flaggenaktion statt. Seit 1996 hissen am 10. März in ganz Europa Tausende von Städten und Gemeinden die tibetische Nationalflagge an ihren Rathäusern oder anderen öffentlichen Gebäuden. Damit zeigen sie ihre Sympathie für die auf Gewaltlosigkeit basierende Politik des Dalai Lama und bekräftigen das legitime Recht des tibetischen Volkes auf Selbstbestimmung und Bewahrung seiner kulturellen und religiösen Identität. Der 10. März ist ein wichtiger Gedenktag und erinnert an die blutige Niederschlagung des tibetischen Volksaufstandes von 1959 gegen die widerrechtliche Besetzung Tibets durch China. Dieser Aufstand kostete über 100'000 Tibetern das Leben. Insgesamt starben an den direkten oder indirekten Folgen der Besetzung bis heute nach Schätzungen der Tibetischen Regierung im Exil etwa 1.2 Millionen Tibeter.

Die Flaggenaktion Schweiz wird unterstützt von:

- Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft (GSTF)
- Überparteiliche Parlamentarische Gruppe für Tibet im Schweizer Parlament
- Tibeter Gemeinschaft in der Schweiz & Liechtenstein (TGSL)
- Tibetische Frauenorganisation in der Schweiz (TFOS)
- Verein Tibeter Jugend in Europa (VTJE)
- Verein Tibetfreunde
- La Porte du Tibet, Genf
- Associazione Ticino-Tibet (ATT).

Mehr zur Situation in Tibet und zur Arbeit der weltweit aktiven Tibet-Organisationen finden Sie im Internet unter www.tibetfocus.com oder bei der Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft (GSTF), Binzstrasse 15, 8045 Zürich, Tel.: 044/451 38 38,

Mehr zur Flaggenaktion: <http://www.tibetflagge.net/>